Grüne - Les Verts – Delegiertenversammlung vom 3. April 2004 in Schaffhausen

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 3. April 2004

Tagespräsidentin: Iren Eichenberger
Dauer: 12h30 – 17h15

1. Begrüssung

Iren Eichenberger, begrüsst die Delegierten im Namen der Schaffhauser Grünen.

Folgende Personen haben sich für diese DV entschuldigt: Andreas Knobel, Stefan Krebsler, Susanne Jungclaus, Peter Benner (ZH), Steve Lehmann (SO), Ralf Margreiter (ZH) und Daniel Vischer (ZH)

Anschliessend begrüsst der grüne Regierungsrat Herbert Bühl im Namen der Schaffhauser Regierung die Delegierten. Er verweist auf die spezielle Situation seines Kantons, der bei einer Bevölkerung von 73'000 Menschen gerade mal so gross ist wie das Zürcher Quartier Schwamendingen. Unter den 34 vorwiegend ländlichen Gemeinden Schaffhausens gibt es neben einigen reichen mit guter Wohnlage auch arme Gemeinden, die schon jetzt Schwierigkeiten haben, um im Bildungs- und Sozialbereich die notwendigen Aufgaben zu erfüllen. Bei der Annahme des Steuerpaketes (das Herbert Bühl als „Scheuerpaket“ bezeichnet), würden dem Kanton Schaffhausen 30 Millionen an Steuereinnahmen verloren gehen. Die Kantone dürften nicht zu Abbruchunternehmen werden, deshalb ruft er auf zu einem deutlichen NEIN am 16. Mai.

Die Parteipräsidentin Ruth Genner gratuliert gleich zu Beginn ihrer Rede allen Neugewählten in St. Gallen, im Thurgau und in Luzern, sie gratuliert der jungen Zora Schelbert, die ins Luzerner Stadtparlament gewählt worden ist und auch den Jungen Grünen, die am 20. März unter grosser Beteiligung ihre erste Mitgliederversammlung abgehalten haben. Das Motto „Grün gewinnt“ trifft weiterhin zu und dies ist auch dringend nötig: Es braucht grüne Impulse, wenn die bürgerliche Seite fixiert bleibt auf Geld und Zahlen und keine Zukunftsperspektiven mehr entwickelt.

Ruth berichtet von der Gründung der Grünen Partei Europas in Rom im Februar, an der sie mit 31 anderen ParteipräsidentInnen eine gemeinsame Charta unterzeichnet hat.

Auch sie ruft alle Anwesenden zu vollem Einsatz gegen das Steuerpaket auf!

2. Statutarisches

Anita Frei, Pia Hollenstein, Blaise Horisberger und Markus Hari werden als StimmzählerInnen gewählt.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 10. Januar in Biel wird einstimmig genehmigt.

Aufnahme von BastA Basel (Basel starke Alternative)

Urs Müller stellt BastA vor: 1995 gegründet von Leuten aus der früheren POCH und aus verschiedensten sozialen Bewegungen, die sich links der SP positionierten. Nach den Wahlen 2003 war klar, dass ein Engagement auf nationaler Ebene zur Bündelung der Kräfte wichtig ist. Nach intensiven Gesprächen intern und mit Hubert über die Position der Grünen Schweiz hat sich BastA für Stellung des Beitrittses entschieden.

Nachdem Jürg Stöcklin, (BS) den Antrag mit den Worten "Was lange währt, wird endlich gut!" kommentiert und Pierre Santschi davor warnt, dass die Grünen zum Sammelbecken enttäuschter Linken werden, BastA aber gleichzeitig willkommen heisst, wird BastA einstimmig bei den Grünen Schweiz aufgenommen.

3. Informationen

Cécile Bühlmann: Zentrale Themen der Frühlingsession waren die Radio- und Fernsehgesetzrevision und das Gesetz über die kalte Progression. Schockiert und zu denken gegeben hat die Art und Weise, wie Letzteres innert kürzester Zeit durch die Kommissionen und dann durch beide Räte gepeitscht worden ist, der Protest der Fraktion gegen das Vorgehen des Bundesrates blieb ergebnislos.

Sie erwähnt zwei Vorstösse, die die Fraktion eingereicht hat: einer verlangt die Verdoppelung (von 5 auf 10%), des Mehrwertsteueranteils, der zur Entlastung der unteren Einkommensschichten vorgesehen ist und für die Prämienverbilligungen verwendet wird.

Hubert Zurkinden stellt die neue stellvertretende Generalsekretärin Miriam Behrens vor, die am 1. April ihre Arbeit aufgenommen hat. Miriam war viele Jahre Projektleiterin bei Pro Natura, sie ist auch Mitbegründerin des Public Eye on Davos.

Teilt mit, dass Ruth Genner am heutigen Tag in den Vorstand der Neuen Europäischen Bewegung NEBS gewählt wird.

5. Abstimmungen vom 16. Mai

- **11. AHV-Revision** vorgestellt von **Franziska Teuscher**:

Erste reine Abbaurevision seit Gründung der AHV 1948. Geht auf Kosten der Frauen (Kürzung der Witwenrenten) und von Leuten mit kleinen und mittleren Einkommen. Gefahr, dass bei einem Ja in Sachen Sozialversicherungen alle Dämme brechen. Der AHV geht es nicht schlecht, das befürchtete Defizit ist ausgeblieben. Aber die Horrorszenarien haben System. Vorzeitige Pensionierung nur für ganz Reiche möglich, in den Berufen, wo diese aber nötig wäre, ist unvorstellbar. Rund 46 Prozent der SchweizerInnen haben für flexibles Rentenalter gestimmt, in der Romandie sogar die Mehrheit. Die Diskussion wurde aber entgegen allen Versprechungen, bei der 11. AHV-Revision nicht aufgenommen!

Mit überwältigendem Mehr bei 1 Gegenstimme und zwei Enthaltungen wird die Vorlage abgelehnt.

- **Steuerpaket** vorgestellt von **Ueli Leuenberger**

Dank Engagement der Grünen ist Bürgerreferendum zu Stande gekommen. Wenn man genau rechnet, dann profitieren nur reiche Ehepaare und Hauseigentümer, die grosse Mehrheit der Familien hat nichts davon. Fast 4/5 der Kinder haben Eltern, die weniger als 140'000 Franken verdienen. Sie würden nicht nur nicht profitieren, sondern werden unter den Sparmassnahmen leiden, die wegen der Steuerausfälle vorgenommen werden müssen.

Johanna Wälti (GFL Bern) weist daraufhin, dass die Grünen im Kanton Bern einen offenen Brief entworfen haben, der an Gemeinden geschickt werden kann. Er enthält die Aufforderung, mitzuteilen, wo sie bei Annahme des Steuerpaketes sparen werden. Der Brief wird via Sekretariat an die Kantonalsektionen geschickt.

Das Steuerpaket wird einstimmig abgelehnt.

- **Finanzierung von AHV/IV durch Anhebung Mehrwertsteuer** vorgestellt durch **Luc Recordon**

Die Erhöhung ist nicht unbestritten. Die Erhöhung für die AHV ist auch bei Annahme der Vorlage noch nicht entschieden, da diese im Moment nicht gefährdet ist. Im Unterschied zur IV: 0,8 Prozent würden sicher erhöht, wann, entscheidet der Bundesrat.

Psychische Invalidität nimmt weltweit zu. Die Welt ist geprägt von Wettbewerbsdenken, wer das nicht aushält und erträgt, wird schnell zum IV-Fall.

Jede Steuer ist unsozial. Wenn das Geld für soziale Zwecke gebraucht wird, dann ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Ordnung. Eine Steuer auf Luxusgütern wäre eine Alternative, das ist aber ein langfristiges Projekt. Luc ruft dazu auf, jetzt Solidarität hoch zu gewichten.

Mehrere Votanten (Daniele Jenni (GPB), Blaise Horisberger (NE), Christian van Singer (VD), Balthasar Glättli (ZH) und Luzius Theiler (GPB)) sprechen sich für ein Nein zur Vorlage aus. Die Mehrwertsteuer ist eine indirekte Steuer, belastet alle gleich, keine Progression, deshalb können wir zu einer solchen Art von Besteuerung nicht ja sagen. Mit einem Ja verhindern wir die Debatte um ein ökologisches und soziales Steuerwesen. Die Wirtschaft muss hier Verantwortung übernehmen, nicht der Staat.

Claudine Traber (GB SH), Herbert Bühl (SH) und Cécile Bühlmann warnen vor einem Spiel mit dem Feuer und rufen dazu auf, solidarisch zu sein. Auch das Entlastungsprogramm 04 sieht massive Kürzungen bei der IV vor, der Druck ist sehr gross und es ist deshalb nicht der Moment, eine Grundsatzdebatte zu führen. Die Mehrwertsteuer ist nicht einfach asozial, davon ausgenommen sind Mieten, Krankenkassenprämien, Güter des täglichen Bedarfs. Eine andere Lösung als die vorgeschlagene kann nicht einfach so schnell gefunden werden.

Mit 65 Ja zu 24 Nein bei 9 Enthaltungen fassen die Delegierten die Ja-Parole.

5. Podiumsgespräch und offene Diskussion zu Schengen/Dublin

TeilnehmerInnen: Urs Bucher (Integrationsbüro EDA), Denise Graf (amnesty international), Beat Leuthard (Journalist) , Alberto Achermann (Fürsprecher)

Moderation: Cécile Bühlmann

Einleitung Cécile Bühlmann: Mit Schengen wurden Binnengrenzen innerhalb der EU abgeschafft und Kontrolle an Aussengrenzen verlagert. Schengen heisst: gemeinsame, koordinierte Visums- und Asylpolitik der EU-Staaten. Dazu wurde das Schengener Informationssystem SIS eingeführt, das koordinierte Verbrechensbekämpfung ermöglicht.

Mit dem Abkommen von Dublin wird die Asylpolitik der EU geregelt: alle Asylsuchenden werden in der Datenbank EURODAC registriert, ein Asylsuchender kann im EU-Raum so nur einmal ein Gesuch stellen.

Eingangsvoten der PodiumsteilnehmerInnen:

Denise Graf: Vereinbarungen wurden in einem wenig demokratischen Prozess getroffen, von Ministern ausgearbeitet, das Parlament konsultativ einbezogen. Der ganze Prozess wurde zudem stark vom 11. September beeinflusst. Schengen und Dublin sind in der Schweizer Politik bereits integriert, unsere Politik geht in diese Richtung, Die Schweiz hat Einfluss genommen auf die Ausgestaltung des Abkommens (z.B. Element der sicheren Drittländer). Positives zu sagen ist schwierig: Es gibt mehr Bewegungsfreiheit für die, die in die Festung hineingekommen sind, aber das Hineinkommen ist sehr schwierig. Visa zu erhalten ist praktisch unmöglich für junge Leute aus arabischen Ländern.

Alberto Achermann: Das Dubliner Abkommen bringt eine stärkere Belastung für Länder an den Aussengrenzen. Für die Prüfung der Gesuche ist zuerst das Land zuständig, in dem Familienangehörige leben, dann das Land, in dem die gesuchstellende Person eingereist ist und dann das Land, in dem das Asylgesuch gestellt wurde. Bedingung für das Funktionieren wäre eine Harmonisierung der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern, was aber seit 1990 nicht geschehen ist. Die Anerkennungsschance für Flüchtlinge schwankt in den Ländern zwischen 1 und 90%! Auch bei der Behandlung der Menschen bestehen grosse Unterschiede, keine Betreuung etwa bietet ihnen Italien an. Die Staaten müssen sich jetzt auf gemeinsame Standards einigen, damit Chancen für alle gleich sind. Es besteht zwischen den Staaten eine Art ungueter Wettbewerb in Sachen Verschärfung der Gesetzgebung.

Beat Leuthard: Schengen bringt nicht Öffnung, wie es hätte sein können, sondern stärkt die Polizei und verstärkt die Überwachung. Informationen dürfen gesammelt werden, in einer Art und Weise, wie es vor der Fichenaffäre möglich war und zwar über Personen, die sich gar nicht strafrechtlich verdächtig gemacht haben. Das Informationssystem steht für die europaweite Aufrüstung im polizeilichen Bereich. Im Moment ist die CH wenig betroffen von Schengen. Aber an den Aussengrenzen, etwa in Südspanien, macht der Überwachungsausschuss Kontrollen um zu prüfen, ob auch wirklich strenge Grenzkontrollen stattfinden. Wir sind schon voll dabei in der Praxis, im Sinne dieser polizeistaatlichen Kompetenzen sogar schon weiter. Polizei in Basel darf jetzt schon mehr, als wenn wir in Schengen dabei wären.

Urs Bucher: Grosses Problem in der CH, dass wir nicht in der EU sind, wir können nicht mitentscheiden über Dinge, die uns stark betreffen. Beitritt ist in den nächsten Jahren nicht wahrscheinlich. Bei der Zusammenarbeit Polizei/Justiz können wir andocken. Sicherheit ist ein Problem (Menschenhandel, Kriminalität, Terrorismus), diese Probleme lassen sich nur in internat. Zusammenarbeit regeln. Dies gilt auch für den Asylbereich, wo es gilt, menschwürdige Bedingungen zu schaffen, die allgemein gültig sind. Es geht auch um Symbolischeres als Sicherheit und Asyl: Von Tallin bis nach Lissabon reisen zu können, ohne kontrolliert zu werden, ist ein zivilisatorischer Sprung! Es wäre gut, wenn die CH mit dabei wäre.

Cécile Bühlmann: Was passiert in Sachen Asyl, wenn die CH bei Schengen/Dublin mitmacht, was, wenn wir dies nicht tun?

Leuthard: Es können ohne Begründung Kontrollen gemacht werden, nicht mehr an der Grenze, aber sonst überall.

Graf: wenn wir dabei sind, können wir Einfluss geltend machen und diese Möglichkeit gilt es zu nutzen. Aktives Dabei sein bringt mehr als draussen zu sein!

Achermann: Integrationsschritt, wenn sich EU-Staaten auf Standards einigen können. Die CH sollte sich bei der Festlegung der Standards engagieren. Die schweizerische Asylaussenpolitik ist viel liberaler als die Asylinnenpolitik. Die CH könnte wichtige Stimme in der EU sein. Bei Beitritt zu Dubliner Übereinkommen können wir völkerrechtlichen Anspruch auf Asylverfahren geltend machen, so wird der politische Spielraum der SVP stark eingeschränkt. Unsere Asylpolitik würde nicht schlechter, sondern eher besser, weil unsere Standards jetzt tiefer sind. Schlimmes Szenario wäre, wenn die CH Reserveasylland in Europa, die Asylgesuchszahlen ansteigen würden und die Rechte daraus politisches Kapital schlagen könnte.

Bucher: vor allem auf Asylschiene auszuklinken ist gefährlich. Korrektur mit autonomen Massnahmen, die noch strenger wären. Das gibt den Leuten Auftrieb, die keine Öffnung, sondern die Armee an die Grenze wollen! Wäre verpasste Chance auf Weg Richtung Europa!

Offene Diskussion:

Martin Bäumle (ZH): Grüne sagen ja zu EU, selber eher skeptisch. CH wird der EU aber noch länger nicht beitreten (Volk), der bilaterale ist der pragmatische Weg. Es ist nicht logisch, wenn die Grünen für Beitritt zur EU sind, aber Schengen/Dublin ablehnen. Personenfreizügigkeit auch für Personen der neuen EU-Staaten schnell einführen.

Stefan Grossenbacher (BS): ist im pädagogischen Bereich tätig, grenzüberschreitend, und hat die Erfahrung gemacht, dass junge Leute mit Flüchtlingsstatus nicht über die Grenze nach D gelassen wurden. Bei einem Beitritt zu Schengen/Dublin wäre das nichtmehr möglich.

Graf: Mit einem Reiseausweis für anerkannte Flüchtlinge ist es schon jetzt möglich zu reisen, aber F, GB und GR verlangen ein Visum.

Achermann: Das Schicksal der Drittausländer (= Nicht-EU-BürgerInnen) darf nicht vergessen werden. Die Situation ist für diese Leute sehr schwierig, ein Mitmachen der CH brächte grosse Erleichterung.

Luzius Theiler: ist der Vertrag veröffentlicht?

Bucher: alles einsehbar, alles publiziert, ausser ein paar wenigen Artikeln, bei denen es um technische Details geht, etwa im Bezug auf das Hologramm auf dem Visum. Informationen, die höchstens für Fälscher interessant sein könnten.

Leuthard: 142 Artikel sind abgedruckt. Aber Verordnungen usw. auf EU-Internetseiten nicht gefunden. Nicht veröffentlichte Dokumente sind nicht nur für Fälscher relevant, sondern enthalten entscheidende Dinge, die die Grünen Deutschlands während langer Zeit schwer beschäftigt haben.

Pia Hollenstein (SG): Die Grundrechtsfrage kommt hier zu kurz. Stichwort Schleierfahndung: bis wohin darf ausländische Polizei kommen? wie stark nimmt Schleierfahndung zu? Schengen/Dublin sind doch nicht wirksam gegen Terrorismus!?

Leuthard: Schwierig zu sagen, wie die Schleierfahndung gehandhabt werden wird. Alles ist geheim und vertraulich. Vieles, alles ist grundsätzlich möglich, immer eine Frage der Interpretation des zuständigen Polizeikommandanten.

Bucher: Schengen ist nicht das Instrument im Kampf gegen Terrorismus. Das stand ursprünglich nicht im Vordergrund. Schleierfahndung wird nicht von Nachbarstaaten in der Schweiz gemacht. Es gibt Möglichkeit, in CH zu fahren bei Verfolgung einer verdächtigen Person. Schengen sagt dazu nichts, lässt es frei, im Hinterland Kontrollen zu machen. Jedem Staat selbst überlassen.

Daniele Jenni (GP Bern): Möglichkeiten der Überwachung werden soweit wie möglich ausgenutzt, das wissen wir aus Erfahrung. Möglichkeiten des Schengener Abkommens gehen weit. Schleierfahndung anstelle der Grenzkontrollen, aber wir haben diese sofort wieder wenn z.B. WEF oder G8-Gipfel stattfindet. Einschränkung der Grund-, Verfahrens-, und Datenschutzrechte schon jetzt, mit Schengen erst recht! Lässt sich doch gar nicht vereinbaren mit unserer grünen Position.

Bucher: Schleierfahndung würde den Grenzschutz ersetzen, das ist so. Bei Erhebung von Daten ist Gefahr des Missbrauchs immer gleich auch da. Dieses Problems sind sich alle Staaten bewusst. Hanspeter Thür, der eidgenössische Datenschutzbeauftragte ist aber zum Schluss gekommen, dass datenschützerisch okay. Schon jetzt findet Austausch statt, aber ohne klaren rechtlichen Rahmen. Es ist im übrigen genau festgelegt, welche Daten erhoben werden dürfen und welche nicht.

Achermann: Schweizerische Datenschutzbestimmungen mussten an EU angepasst werden im Asylbereich. Fragen des Austausches werden ganz genau geregelt, jetzt findet Austausch ungeregelt statt.

Bühlmann: Die definitive Parolenfassung zu den Bilateralen II werden die Grünen im August vornehmen.

Welchen Rat gibt ihr den Grünen? In welche Richtung sollen sich diese entscheiden?

Leuthard: Datenschutzbeauftragter von Deutschland ist kritisch, noch kundig machen, was die Österreicher dazu sagen. Bei den Grünen Deutschlands ist Schengen kein Thema mehr. Österreichische Grüne sind immer noch sehr kritisch.

CH noch nicht angedockt. Jeder Tag, an dem die CH nicht dabei ist, ist ein geschenkter Tag. Für jeden Schritt wird man sich legitimieren müssen, das spricht gegen ein Ja zu Schengen/Dublin.

Bucher: Erfolg an Verhandlungsfrente muss noch erzielt werden. Bitte an ParlamentarierInnen um Unterstützung für erfolgreichen Verhandlungsabschluss. Zusammenarbeit als Ganzes muss als etwas Positives empfunden werden. In der Abstimmungskampagne das ganze Paket als Chance sehen. Letzte Nacht im Laufe der nächsten fünf, sechs Wochen! Geht davon aus, dass etwa im Jahre 2007 ein Chinese mit einem Schengenvisum auch in die Schweiz reisen könnte.

Graf: Schengen/Dublin sind notwendiges Übel. Informationsaustausch funktioniert bestens schon jetzt, besser zwischen F/CH als innerhalb der Kantone. Schengen wird klaren rechtlichen Rahmen geben. Für die in der CH lebenden anerkannten Flüchtlinge ist Schengen von Vorteil, bringt Erleichterungen. Auch für TouristInnen, wenn sie nicht aus best. Ländern kommen. Asylbereich: eher positive Auswirkungen, wenn wir beitreten.

Achermann: empfiehlt Ja. CH sollte raus aus der Isolation in der Asyl- und Flüchtlingspolitik und gemeinsam mit den anderen Staaten Standards festlegen. Es gibt 500'000 Asylsuchende in Europa und 20 Millionen Flüchtlinge in der Welt. Es ist unmöglich, eine kohärente Migrationspolitik für uns alleine zu formulieren.

Bühlmann: Bedankt sich für die Auslegeordnung. Die Grünen sind eigentlich gegen eine Festung Europa und doch scheint kein Weg an Schengen/Dublin vorbeizugehen. Die Diskussion wird innerhalb der Grünen weitergehen.

7. Verschiedenes

- Silvia Schwyter und Susanne Forster weisen auf die Veranstaltung „Grenzenlos grün“ vom 15./16./17. April hin. Austausch zwischen deutschen, österreichischen und Schweizer Grünen zu den Themen Wasser, Gentechnologie und Mobilität.
- Balthasar Glättli lädt zum Bankett des Papierlosen-Kollektiv Zürich ein, das am selben Abend stattfindet.
- Verdankt wird die gute Organisation der DV durch die Ökoliberalen Schaffhausen, die Arbeit der Übersetzerinnen Nicole Stolz und Sévérine Vitali und die gute Zusammenarbeit mit dem Team in Bern.

Bern im Mai 2004
Gabriela Bader / Yolande Peisl